



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

4. August

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 427

Berlin, den 4. August 1914

Ich habe nur zu melden, dass die Türkei sich Deutschland anschliesst¹⁾ und einige Korps mobil macht. Auch Bulgarien scheint entschlossen, mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Der Vertrag ist noch nicht geschlossen. Dies könnte militärisch Österreich wesentlich erleichtern. Holland ist die Neutralität von uns zugesichert. Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.

Reichstagsöffnung im Weissen Saal und Reichstagssitzung waren im höchsten Grade erhebend. Selbst im Jahre 1870 hat die Begeisterung, für die gerechte Sache zu kämpfen, sich nicht so elementar und einmütig gezeigt.

Die Durchführung der Mobilisation und der Aufmarsch verläuft ausgezeichnet. Generalstab und Kriegsministerium haben noch nicht eine Anfrage von irgend einer Seite erhalten. Jeder weiss, was er zu tun hat.

Ich muss annehmen, dass unsere Haltung gegenüber Belgien Bruch mit England im Gefolge hat.

G. H. Lerchenfeld

Der Gesandte in Paris an den König

Im französischen Zuge von Paris, den 4. August 1914
Angekommen 8. 8. 14.

Mit Beginn der französischen Mobilmachung begegnete die Aufgabe chiffrierter Depeschen Schwierigkeiten. Mehrere Postämter lehnten meine Depeschen ab.

Ich habe hierüber bei dem Gesandten Martin im Protokoll Beschwerde geführt, der dieselbe für begründet erachtete und sofort

¹⁾ Unterzeichnung des Bündnisvertrags mit Türkei am 4. August 3⁰⁰ nachm. telegraphisch nach München gemeldet.

Abhilfe versprach. Er führte das Verhalten der Postämter auf eine Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen zurück.

Am 3. August vormittags sah ich mich genötigt, meine Wohnung zu verlassen und mich mit dem Personal der Gesandtschaft auf die Kaiserliche Botschaft zurückzuziehen, weil die Bevölkerung eine drohende Haltung anzunehmen begann.

Die Schlüssel der Gesandtschaft und die politischen Akten habe ich der amerikanischen Botschaft übergeben.

Der Gesandte Martin versprach, den Polizeipräfekten um polizeiliche Überwachung meiner Wohnung und der Kanzlei während meiner Abwesenheit angehen zu wollen.

Die Botschaft mit ihrem Vorhof glich einem Biwak. Sie war mit weinenden Müttern und Kindern angefüllt. Hunderte von Gepäckstücken lagen auf dem Hofe umher. Die Angestellten der Botschaft und des Generalkonsulats wohnten bereits seit mehreren Tagen in den Kanzleiräumen der Botschaft.

Ich habe bis zum letzten Augenblick, namentlich bei meinem letzten politischen Gespräch mit dem Gesandten Martin am 2. August abends, den Eindruck gehabt, dass die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermieden haben wollte.

Auf die von der französischen Presse offenbar stark übertriebenen angeblichen Grenzverletzungen deutscher Truppen hin riet ich Herrn Martin, sich erst durch eine offizielle Nachfrage von deren Richtigkeit zu überzeugen.

Diese Anfrage erfolgte denn auch am 2. August abends in Berlin unter gleichzeitiger Mitteilung an die Botschaft in Paris.

Namentlich die Verletzung der Neutralität Luxemburgs schien Herr Martin als Anzeichen des von Deutschland gewollten Krieges zu deuten.

Die Depeschen der Botschaft kamen meist sehr verstümmelt an.

In der letzten Depesche, mit welcher der Kaiserliche Botschafter beauftragt wurde, seine Pässe zu fordern, waren nicht weniger als 10 Gruppen unverständlich.

Der kritische Auftrag wegen Abbruchs der Beziehungen traf spät nachmittags am 3. August ein.

Er wurde Punkt 6 Uhr ausgeführt. Bei diesem Anlass kündigte der Kaiserliche Botschafter auch die bevorstehende Abreise der Königlichen Gesandtschaft an.

Den letzten telegraphischen Erlass des Auswärtigen Amtes und die darauf an die französische Regierung gerichtete Note hat mir der Kaiserliche Botschafter nur dem Inhalte nach mitgeteilt.

Bei Herrn Viviani habe ich in Ermangelung eines Auftrags keine Erklärung abgegeben; dagegen habe ich dem Kabinettschef Herrn de Marguerie meine bevorstehende Abreise schriftlich angekündigt. Ausserdem habe ich den Gesandten Martin gebeten, diesbezüglich mich in Anbetracht der Kürze der Zeit bei dem Conseilpräsidenten Viviani entschuldigen zu wollen.

Die Bevölkerung vor der Botschaft hatte inzwischen eine recht drohende Haltung angenommen und als der Kaiserliche Botschafter sich zur Ausführung seines Auftrags auf das Ministerium des Äussern begab, sprang ein verdächtig aussehendes Individuum auf den Wagen des Botschafters. Es nahm darauf ein Geheimpolizist neben dem Botschafter Platz.

Der Conseilpräsident Herr Viviani nahm die Erklärung des Botschafters in Gegenwart des Kabinettschefs Gesandten de Marguerie mit Ruhe entgegen.

Er bemerkte dem Kaiserlichen Botschafter gegenüber, dass er von den französischen Grenzüberschreitungen und den Fliegerattentaten in Nürnberg und anderswo keine Kenntnis habe und dass jedenfalls die deutschen Grenzverletzungen zeitlich den französischen vorangegangen wären.

In dieser Hinsicht hatte mich Herr Martin tags zuvor darauf aufmerksam gemacht, dass die französischen Truppen absichtlich, um Grenzkonflikte zu vermeiden, zehn Kilometer von der Grenze entfernt gehalten worden wären, während die deutschen Truppen offenbar dicht an der Grenze selbst stünden.

Die Zusendung der Pässe für die Mitglieder der Botschaft, der Gesandtschaft und des Generalkonsulats erfolgte um 7 Uhr durch den Chef des Protokolls, Gesandten Martin.

Die Abfahrt verlief in grösster Ordnung gegen 10 Uhr von dem auch bei Fürstenbesuchen meist benützten Bahnhof an der Porte Dauphine.

Der Transport zu der Bahn erfolgte durch zahlreiche Omnibusse der Eisenbahngesellschaften und grosse Fourgons. Alles spielte sich programmgemäss ab.

Auf dem Bahnhof hatte sich der Gesandte Martin eingefunden.

Er erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass die französischen Vertreter in Deutschland um 7 Uhr, also 1 Stunde nach der Kriegserklärung, angewiesen worden wären, ihre Pässe zu erbitten.

Die französische Regierung hat einen sehr schönen Sonderzug mit 2 grossen Salonwagen für die Reise zur Verfügung gestellt.

Gesandter Martin wusste nicht, welchen Weg wir einschlagen würden. Er sagte, es stehe hierüber die Entscheidung ausschliesslich dem Kriegsministerium zu.

Der Zug nahm den Weg über Brüssel, Breda, Münster, Hannover und langte am 5. August 7 Uhr früh in Berlin an.

Zur Bedienung und Rückbeförderung des Zuges sind 2 französische Bahnbeamte bis nach Berlin mitgefahren.

Die belgische und holländische Bevölkerung verhielt sich bei dem Passieren des Zuges sehr zurückhaltend. Die Stationen und Brücken waren durchwegs militärisch besetzt.

Auf deutschem Gebiet angelangt, wurde der Zug auf jeder Station mit Gesang und Jubelruf begrüsst.

Am 2. August nachmittags 2 Uhr sagte mir der österreichische Botschafter Graf Scézen noch, dass er seit Tagen ohne jegliche Nachrichten aus Wien sei. Dagegen versicherte er mir ausdrücklich, dass die österreichische Regierung die „politische Souveränität“ Serbiens im Sinne der mir von Herrn Iswolsky gemachten Bemerkungen anzuerkennen sich verpflichtet habe und dass er der französischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht habe. Ich wollte dieses sofort Herrn Iswolsky mittels Privatbriefs bei Beantwortung eines Schreibens wegen Ermittlung des Aufenthalts von Madame Iswolsky mitteilen und hatte bereits das Schreiben aufgesetzt.

Der Kaiserliche Botschafter bat mich aber davon Abstand zu nehmen, weil er fürchtete, Herr Iswolsky möchte ein solches Schreiben zum Nachteil der deutschen Politik verwerten.

Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass Missverständnisse über die Frage der „Indépendance“ von Serbien zwischen Österreich und Russland obgewaltet haben müssen, deren rechtzeitige Aufklärung den rollenden Stein vielleicht noch aufgehalten hätte.

Dies scheint mir auch aus dem alleruntertänigst hier angeschlossenen Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Zaren vom 29. vor. Mts.¹⁾ hervorzugehen, in welchem nur von einer Erklärung des österreichischen Kabinetts über nicht beabsichtigte territoriale Eroberungen auf Kosten Serbiens die Rede ist.

In Ägypten, Marokko und in allen Protektoraten hat aber nach Herrn Iswolsky auch niemals eine territoriale Eroberung auf Kosten des fraglichen Landes stattgefunden. Gerade deshalb bestehe Russland auf umfassendere Zusicherungen zugunsten Serbiens und auf der Anerkennung seiner „Indépendance“.

Diese Zustimmung hoffte die französische Regierung und Herr Iswolsky durch Vermittelung des Deutschen Kaisers von Österreich der russischen Regierung abgeben zu sehen.

Noch ist es Zeit, falls wirklich ein Missverständnis vorgelegen haben sollte, etwa Versäumtes nachzuholen, nachdem die Beziehungen zwischen Österreich und Russland noch nicht abgebrochen sind und Graf Scézen vor einigen Tagen behauptete, eine „analoge Versicherung“ bei der französischen Regierung abgeben zu haben.

Vielleicht liesse sich unter diesen Umständen doch noch in letzter Stunde von deutscher Seite in Österreich ein Druck ausüben, damit die von Russland gewünschte Erklärung über die Erhaltung der „Indépendance“ von Serbien auch offiziell in Petersburg erfolge.

Ritter

¹⁾ Dem Bericht liegt eine Wiedergabe des Telegramms bei, vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch II. Bd. Nr. 359.